

FBB: Fünf Euro pro Bürger für Schloss-Rückkauf

Wahlkampf-Idee: EU-Geld für Deutsch-Französisches Begegnungsstätte / Für Bürgerpark auf Leisberg-Obstwiese

Von Harald Holzmann

Baden-Baden – Die Freien Bürger für Baden-Baden (FBB) wollen, dass die öffentliche Hand das Neue Schloss von der kuwaitischen Herrscherfamilie zurückkauft und die städtische Obstwiese am Leisberg schnell für die Öffentlichkeit freigegeben wird. Außerdem fordern sie ein Rotationsprinzip im gemeinderätlichen Bauausschuss.

Das Neue Schloss sei ideal für ein „Deutsch-Französisches Begegnungszentrum“, sagte Vorstandsmitglied Heinrich Liesen gestern bei einem Pressegespräch der FBB. Auch eine Deutsch-Russische Begegnungsstätte sei dort denkbar. Die Wählervereinigung, die bei der Kommunalwahl im Mai



Noch zu: Tor zu den Obstwiesen. Foto: Archiv/Holzmann

antritt, will die Baden-Badener Bevölkerung deshalb dazu aufrufen, für das Projekt zu spenden. „Mit fünf Euro pro Person

sind Sie dabei“, sagte Liesen gestern.

Komme genug Geld zusammen, könnten die Bürger dadurch zeigen, dass sie mit der geplanten Hotelnutzung im Schloss nicht einverstanden seien. Bund und EU könnten

Kommunalwahl 2014



sich dann für den Rückkauf von der derzeitigen kuwaitischen Eigentümerin Fawzia Al-Hassawi engagieren und das Schloss einer sinnvollen öffentlichen Nutzung zuführen, inklusive Öffnung des Schlossparks. Die FBB stehe hinter Liesens Forderung, sagten Vorstandsmitglied Marianne Raven und Vorsitzender

Tilmann Schachtschneider.

Liesen erklärte außerdem, er wolle sich dafür einsetzen, die städtischen Obstwiesen oberhalb der Klosterwiese am Leisberg schnell für die Öffentlichkeit freizugeben. Dort sei genug Platz für Minigolf, Barfußpfad, Streichelzoo, einen Lehrgarten für Schulen und einen Koordinationsparcours für Jung und Alt sowie einen Jugendtreffpunkt. „Da liegt etwas brach“, sagte Liesen. „Warum will die Stadt erst 2018/2019 aktiv werden?“

Im Gemeinderat wolle man sich starkmachen dafür, dass künftig schon vor wichtigen Entscheidungen die Bürger nach ihrer Meinung gefragt würden, sagte Schachtschneider. Um der Gefahr der Interessenverquickung entgegenzuwirken, schlug Raven außer-

dem vor, künftig im gemeinderätlichen Bauausschuss, im städtischen Bauamt und eventuell auch im Gemeinderat ein Rotationsprinzip einzuführen. „Auch Stadträte dürften dann nach zwei Wahlperioden nicht mehr kandidieren. Da dürfen einfach künftig keine Erbhöfe mehr entstehen“, sagte sie.